

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 17.12.2009

Niederschrift

der 34. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses
am Montag, dem 07.12.2009,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:05 - 23:55 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

Herr Carsten Zörb

Frau Julia-Christina Sator

Herr Klaus Peter Möller

Herr Thiemo Roth

(in Vertretung für Stv. Backhaus)

(in Vertretung für Stv. Helmchen)

(ab 19:26 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser

Ausschussvorsitzende

Herr Rolf Krieger

Herr Gerhard Merz

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Gerhard Greilich

Herr Klaus-Dieter Grothe

Fraktion B'90/Die Grünen

(bis 21:45 Uhr in Vertretung für
Stv. Otto)

(ab 21:45 Uhr bis 22:30 Uhr in
Vertretung für Stv. Otto)

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Herr Jürgen Becker	CDU-Fraktion	
Frau Karen-Heide Bernard	CDU-Fraktion	
Frau Inge Bietz	SPD-Fraktion	(bis 23:00 Uhr)
Herr Christopher Nübel	SPD-Fraktion	
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen	(ab 19:36 Uhr bis 23:35 Uhr)
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	
Herr Harald Scherer	Stadtrat	
Herr Egon Fritz	Stadtrat	(bis 20:00 Uhr)

Von der Verwaltung:

Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Thomas Gernandt	Kämmerei	
Herr Stefan Thomas	Kämmerei	
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	(bis 23:05 Uhr)
Herr Hans-Martin Lein	Leiter des Revisionsamtes	(bis 23:40 Uhr)
Herr Hartmut Klee	Leiter des Hochbauamtes	(bis 22:30 Uhr)
Herr Hartmut Rücker	Hochbauamt	(bis 22:30 Uhr)
Herr Clemens Abel	Leiter des Tiefbauamtes und MAB	

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic	Stellv. Vorsitzender
------------------------	----------------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Schriftführerin
Frau Simone Benz	

Entschuldigt:

Herr Diedrich Backhaus	CDU-Fraktion
Frau Anja-Verena Helmchen	CDU-Fraktion
Herr Christian Otto	Fraktion B'90/Die Grünen

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Vorsitzende merkt an, dass TOP 4.3.1 - *Außenanlage des Kinos am Berliner Platz, Antrag der Die Linke-Fraktion vom 21.11.2009* - als „neuer“ TOP 5 behandelt werde, da es sich um keine Angelegenheit der Haushaltsplanung 2010 handele, sondern es gehe hier um das laufende Haushaltsjahr 2009.

Des Weiteren liegen folgende Vorlagen/Anträge vor, die noch auf die Tagesordnung genommen werden sollen.

Öffentlicher Teil:

- *Erwerb einer Teilfläche eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen - Antrag des Magistrats vom 19.11.2009 - STV/2761/2009*
- *Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Wieseck - Antrag des Magistrats vom 19.11.2009 - STV/2763/2009*
- *Ausfallbürgschaft zugunsten der GISPO GmbH - Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bd'90/GR, FDP und FW vom 28.11.2009 - STV/2817/2009*

Nicht öffentlicher Teil:

- *Verkauf eines städt. Baugrundstücks in der Gemarkung Schiffenberg - Antrag des Magistrats vom 27.11.2009 - STV/2795/2009*

Vorsitzende schlägt vor, die Vorlagen STV/2761/2009 und STV/2763/2009 im öffentlichen Teil als neue Tagesordnungspunkte 15 und 16 zu behandeln. Betreffend des Antrages „*Ausfallbürgschaft für die GISPO GmbH*“ regt sie an, diesen als neuen TOP 21 zu behandeln.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Sodann lässt sie abstimmen über die Anträge auf Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung - An- und Verkauf von Grundstücken - mit der Vorlage STV/2795/2009, die als neuer TOP 28 behandelt wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

- | | | |
|--------|--|---------------|
| 2. | Erlass einer neuen Gebührenordnung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.10.2009 - | STV/2672/2009 |
| 2.1. | Siebte Satzung zur Änderung der Friedhofsordnung
- Antrag des Magistrats vom 16.10.2009 - | STV/2676/2009 |
| 3. | Haushaltssicherungskonzept 2009/2010 - Neufassung
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009 - | STV/2780/2009 |
| 3.1. | Berichts Antrag zu möglichen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 23.11.2009 - | STV/2774/2009 |
| 4. | Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2010 | |
| 4.1. | 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 - Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 - | STV/2751/2009 |
| 4.2. | 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 - Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 - | STV/2753/2009 |
| 4.2.1. | 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 - Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009 | STV/2781/2009 |
| 4.3. | Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte | |
| 5. | Außenanlage des Kinos am Berliner Platz
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.11.2009 - | STV/2775/2009 |
| 6. | Sanierung und Modernisierung des Bürgerzentrums Nordstadt, Reichenberger Straße 9, 35396 Gießen;
hier: Projektantrag
- Antrag des Magistrats vom 19.10.2009 - | STV/2614/2009 |

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 7. | Wirtschaftsplan der MAB - Mittelhessischen
Abwasserbetriebe für das Jahr 2010
- Antrag des Magistrats vom 05.11.2009 - | STV/2725/2009 |
| 8. | Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss zum
31.12.2009
- Antrag des Magistrats vom 05.11.2009 - | STV/2726/2009 |
| 9. | Beschlussfassung über die Jahresrechnung
(Haushaltsrechnung) der Universitätsstadt Gießen für das
Haushaltsjahr 2007 und Entlastung des Magistrats
- Antrag des Magistrats vom 06.11.2009 - | STV/2727/2009 |
| 10. | Beteiligungsbericht 2008
- Antrag des Magistrats vom 06.11.2009 - | STV/2728/2009 |
| 11. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß
§ 114g HGO - Amt 67 -
- Antrag des Magistrats vom 28.10.2009 - | STV/2703/2009 |
| 12. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß
§ 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 - | STV/2754/2009 |
| 13. | Genehmigung einer überplanmäßigen
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 51 -
- Antrag des Magistrats vom 10.11.2009 - | STV/2734/2009 |
| 14. | Ankauf von unbebautem Grundbesitz in der Gemarkung
Gießen
- Antrag des Magistrats vom 20.10.2009 - | STV/2688/2009 |
| 15. | Erwerb einer Teilfläche eines unbebauten Grundstücks in
der Gemarkung Gießen
- Antrag des Magistrats vom 19. November 2009 | STV/2761/2009 |
| 16. | Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der
Gemarkung Wieseck
- Antrag des Magistrats vom 19. November 2009 | STV/2763/2009 |
| 17. | Verkauf von städtischen Baugrundstücken im
Neubaugebiet "Schlangenzahl"
- Antrag des Magistrats vom 21.10.2009 - | STV/2690/2009 |

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 18. | Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen
- Antrag des Magistrats vom 27.10.2009 - | STV/2695/2009 |
| 19. | Erstellung einer elektronisch gesteuerten Anzeigetafel
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.10.2009 - | STV/2743/2009 |
| 20. | Erstellung von Konzept, Satzung und Vergaberichtlinien für einen Carl-Vogt Preis
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.10.2009 - | STV/2744/2009 |
| 21. | Ausfallbürgschaft zugunsten der GISPO GmbH
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 28.11.2009 - | STV/2817/2009 |
| 22. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Erlass einer neuen Gebührenordnung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Universitätsstadt Gießen

- Antrag des Magistrats vom 16.10.2009 -

Antrag:

„Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf einer Gebührenordnung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen. Für das Jahr 2012 ist eine Neukalkulation der Bestattungsgebühren vorzunehmen; bis dahin wird versucht, jegliche Maßnahmen zur Kostenreduzierung in den betroffenen Bereichen umzusetzen.“

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, kritisiert die Erhöhung der Gebühren. Sie bedeute im Einzelfall mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Kosten. Er fordert, auch aus sozialpolitischen Gründen, maßvoll zu agieren, immerhin habe die

Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal von dieser beträchtlichen Unterdeckung erfahren. Eine Kapitalverzinsung von gleich 6 % halte er für unangebracht, hier gebe es Spielraum. Eine Senkung um einen Punkt würde eine Verminderung der Unterdeckung um rund 80.000,- € ausmachen. Zudem kenne er nicht die Berechnungsgrundlagen für die neue Kalkulation. Da viel zu viele Fragen noch unbeantwortet seien, müsse die Abstimmung eigentlich in die nächste Sitzungsrunde verschoben werden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich merkt an, dass zum ersten Male reelle Berechnungen der Kosten für die Friedhöfe angestellt worden seien. Vor dem Hintergrund der Verfügung des Regierungspräsidenten, gebe es gar keine andere Möglichkeit, die Gebühren müssen angehoben werden, da die Unterdeckung in den vergangenen Jahren zwischen 544.000,- € und 640.000,- € gelegen habe.

Herr Röhmel, Leiter des Gartenamtes, erläutert anschließend im Detail anhand einer Power Point Präsentation, wie die Kalkulation an dieser Stelle aussehe und welche Kosten zukünftig tatsächlich anfallen.

Stv. Zippel stellt für die FW-Fraktion folgenden Initiativantrag:

- „1. Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert die Kalkulation der Gebühren für Nutzungsrechte für Reihen- und Wahlgrabstätten sowohl für Erd- wie Urnenbestattung offen zu legen.
2. Den Stadtverordneten eindeutig die Zuständigkeitsregelungen bzw. die Abgrenzungen der einzelnen Ämter für die Friedhöfe darzulegen, sowie die Zeitkalkulation der Personalkosten entsprechend den Stundennachweisen der Beschäftigten offen zu legen.
3. Bis zur Nachprüfungsmöglichkeit der Kalkulationen die Beschlussfassung über die Drucksache 2762/2009 auszusetzen.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, glaubt, dass das Wort „Erhöhung“ bei der Diskussion zum Thema unangemessen sei. Es handele sich in der Tat um „eine Anpassung an die Realitäten“.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Becker, Krieger, Merz, Grothe, Dr. Preiß, Janitzki, Bietz, Greilich, Schirmer, Möller, Dr. Deetjen, Herr Röhmel (Gartenamt), Herr Gernandt (Kämmerei) und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Der Initiativantrag der FW-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

Der Magistratsvorlage STV/2672/2009 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

**2.1. Siebte Satzung zur Änderung der Friedhofsordnung
- Antrag des Magistrats vom 16.10.2009 -**

STV/2676/2009

Antrag:

„Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der siebten Satzung zur Änderung der Friedhofsordnung der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen.“

**Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stellen folgenden
Initiativantrag:**

„Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 30. Juni 2010 einen Entwurf zur Änderung der Friedhofsordnung und ggf. der Friedhofsgebührenordnung vorzulegen, der auf dem Alten Friedhof die Einrichtung von Patenschaftsgräbern an denkmalgeschützten Grabstellen für Personen und deren Familien ermöglicht, wenn sie diese Grabstellen auf Grund einer mit der Stadt geschlossenen Vereinbarung über einen bestimmten Zeitraum entsprechend den denkmalschutzrechtlichen Vorschriften gepflegt haben.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, **gibt folgende persönliche Erklärung ab:** „Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe vorhin in meinem Beitrag in der Diskussion zu der Erhöhung der Gebühren versucht zu erklären, dass dieses Problem, was wir mit der Erhöhung der Beiträge haben, nicht das Problem der übergroßen Erhöhung, sondern ein Problem der übergroßen Bezuschussung in der Vergangenheit ist. Frau Bietz hat dazu erklärt, dass es zwar richtig ist, was ich sage, aber es wäre zynisch. Ich halte das für eine Beleidigung und Unterstellung, die ich energisch zurückweise. Ich bin nicht zynisch gegenüber den Gießener Bürgern und ich lasse mir von Ihnen mit solchen Manövern kein Redeverbot zuordnen.“

Beratungsergebnis:

Dem Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig zugestimmt.

Der Magistratsvorlage STV/2676/2009 wird einstimmig zugestimmt.

**3. Haushaltssicherungskonzept 2009/2010 - Neufassung
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009 -**

STV/2780/2009

Antrag:

„Das beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2009/2010 wird beschlossen.“

Oberbürgermeister Haumann merkt an, nachdem in der letzten HFWR-Sitzung das Haushaltssicherungskonzept nicht diskutiert, sondern in der Beratung zurückgestellt wurde, sei der Magistrat gefordert gewesen, ein überarbeitetes Konzept vorzulegen. Das überarbeitete Konzept einschließlich einer durch den Magistrat beschlossenen sofortigen Stellenbesetzungssperre liegt allen

Stadtverordneten vor und er bittet, dieses zu beschließen.

Auf Antrag des **Stv. Merz**, SPD-Fraktion, werden die nachstehenden Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, in Ergänzung zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister möchte ich deutlich machen, dass Ihnen heute eine Vorlage des Kämmersers vorliegt, der von den Kollegen Stadtbaurat Rausch und Schul- und Kulturdezernent Scherer und mir in vollem Umfang mitgetragen wird.

Dies ist insofern wichtig, als die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen nicht mehr vom derzeitigen Kämmerer, sondern von den verbleibenden Hauptamtlichen einschließlich der designierten Oberbürgermeisterin erfolgen wird.

Ich darf Ihnen zunächst die Schwerpunkte der Vorlage inhaltlich vorstellen und Ihnen die Überlegungen und Absichten des Magistrats erläutern. Zunächst gehe ich auf die Ergebnisse der hausinternen Analyse ein. Danach beschreibe ich die von uns bestimmten Handlungsfelder. Der sich daran anschließende Teil beinhaltet die formulierten Prüfaufträge sowie die Maßnahmen des Magistrats. Abschließend erlaube ich mir eine Zusammenfassung und einen Ausblick.

Zunächst die ausführliche Analyse.

Der Magistrat hat im Haushaltssicherungskonzept das Defizit im Ergebnishaushalt differenziert dargestellt sowie einen umfassenden Vergleich mit den anderen Sonderstatusstädten erstellt.

Das Gesamtdefizit in Höhe von rd. 38 Mio. € gliedert sich in drei Gruppen auf. Erstens in ein Defizit in Höhe von rd. 10 Mio. € aufgrund der neuen Rechnungsinhalte der Doppik. Zweitens haben wir als Folge aus der bestehenden Finanz- und Wirtschaftskrise zusätzlich ein Defizit von rd. 14 Mio. € zu verkraften. Dabei haben wir zu bedenken, dass auch nach überwundener Krise nicht automatisch wieder 14 Mio. € aus Steuern Gießen zufließen werden. Nach statistischer Betrachtung dürfen wir nur von rd. 5 Mio. € ausgehen.

Den verbleibenden Betrag in Höhe von 10 - 14 Mio. € haben wir als ‚strukturelles Defizit‘ bezeichnet. Daran ist zunächst zu arbeiten. Darauf konzentrieren sich unsere Konsolidierungsaktivitäten.

Aus dem Vergleich mit den anderen Sonderstatusstädten, deren Verwaltungsstruktur man nicht uneingeschränkt mit Gießen gleichsetzen darf, haben wir die höchsten Personalkosten. Die Personalkosten haben auch den höchsten Anteil an den Gesamtaufwendungen mit rd. 31 %. Eine vertiefte vergleichende Betrachtung muss auf jeden Fall berücksichtigen, dass wir zum Teil deutlich weniger Bereiche ausgegliedert haben als andere Städte. So haben z. B. die Stadt Marburg das Grünflächenamt und die Stadt Hanau die Kindertagesstätten als Eigenbetriebe ausgegliedert. Aber auch nach diesen bereinigten Betrachtungen haben wir noch sehr hohe Personalkosten.

Nach den Personalkosten sind die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse die zweitgrößte Position im Gesamtergebnis. Die Zuweisungen und Zuschüsse sind nur in einer Sonderstatusstadt höher im Vergleich zu unserem Ansatz. Dabei bestimmen drei Bereiche des Haushalts diese Gesamtposition.

- 1) Es sind die Zahlungen für die Hilfen zur Erziehung mit 12 Mio €, von uns nur sehr eingeschränkt steuerbar.
- 2) Es ist ein Posten im Teilhaushalt 6 für die Zuschüsse zum Betrieb der Kindertagesstätten an freie Träger. Hierbei handelt es sich um rd. 10,6 Mio. €; und
- 3) ebenfalls 13 Mio. € im Teilhaushalt 1, die sich wiederum stark aufgliedern. Der Schwerpunkt dabei liegt in den Zuweisungen an unsere Beteiligungen, die Stadthallen-GmbH, die Stadttheater-GmbH sowie die Gießen-Marketing-GmbH. Hier reden wir über einen Betrag von rd. 12,5 Mio. € pro Jahr.

Wenn ich später im 3. Teil auf unsere Maßnahmenvorschläge eingehe, werde ich Ihnen darstellen, dass wir gerade an diesen Punkten ansetzen möchten.

Erlauben Sie mir noch einen weiteren Hinweis zu einem Bestandteil unserer Analyse, nämlich dem Vergleich der Realsteuerhebesätze, der in der öffentlichen Debatte wohl missverständlich von uns vermittelt worden ist. Unter Punkt 4.4 kommen wir einer Vorgabe aus den Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte nach. Nach diesen Leitlinien müssen die Realsteuerhebesätze in defizitären Kommunen über dem hessenweiten Durchschnitt liegen. Das Ergebnis der Prüfung zeigt, dass Gießen mit seinen Hebesätzen schon über den Durchschnitt liegt - somit also keine Verpflichtung zur Erhöhung besteht. Der Magistrat beabsichtigt auch keine Erhöhung der Hebesätze. Und ich sehe aktuell auch keine Mehrheiten im Stadtparlament, die die Hebesätze erhöhen wollen.

2. Teil: Definition der Handlungsfelder

Bei der Definition der Handlungsfelder war es wichtig, einen systematischen Rahmen für die weiteren Konsolidierungsfelder zu finden. Wir zeigen mit den fünf Handlungsfeldern auch deutlich, dass wir eine differenzierte Vorgehensweise vorschlagen und keine ‚Rasenmäher-Methode‘ empfehlen.

Im Teilbereich ‚Aufgabekritik‘ hinterfragen wir die Aufgabenerledigung in einigen Bereichen. Im zweiten Teil überprüfen wir unsere ‚freiwilligen Leistungen‘. Drittens widmen wir uns der Frage, wie durch ‚Kooperation und Ausgliederung‘ Konsolidierungsbeiträge erreichbar sind. Der vierte Teil befasst sich mit dem Aufbau und der Aufgabenerledigung der Stadtverwaltung an sich. Und abschließend gehen wir - den Maßgaben folgend - möglichen Potentialen durch die Erhöhung von Einnahmen auf den Grund.

Sie sehen also: Wir machen keinen Rundumschlag, sondern ein zielgerichteter, ausgewogener Ansatz, das ist unsere Devise.

3. Teil: Maßnahmen und Prüfaufträge

Auf der Grundlage der Analyse schlagen wir Ihnen mehrere Maßnahmen zur Haushaltssicherung vor. Wir haben uns bei unseren Überlegungen von den zwei Hauptkenntnissen leiten lassen: Hohe Personalkosten sowie hohe Zuweisungen und Zuschüsse.

Damit kommt meines Erachtens erstens den Maßnahmen in Bezug auf die Personalkosten ein besondere Bedeutung zu. Wir werden hier zweigeteilt vorgehen. Zunächst haben wir im Magistrat bereits eine sofortige unbefristete Stellenbesetzungssperre auf den Weg gebracht und stimmen diese Maßnahme gerade mit der Personal- und der Schwerbehindertenvertretung sowie der Frauenbeauftragten ab.

Die Frage der Umsetzung ist zwar keine Sache des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Da es aber auch hierüber eine öffentliche Debatte gibt, möchte ich an dieser Stelle ein paar Worte dazu sagen.

Ich darf Ihnen versichern, dass wir bestrebt sind, das Serviceniveau in allen Bereichen aufrecht zu erhalten. Wir wissen um das enorme Potential unserer Beschäftigten und möchten diese durch diese Maßnahme auch nicht verprellen, sondern im Gegenteil: Wir werden die notwendigen Schritte offen kommunizieren und die Beschäftigten am Änderungsprozess beteiligen. Wir müssen als verantwortlicher Magistrat aber auch auf die bestehenden Rahmenbedingungen reagieren und unsere Verwaltung weiterentwickeln. Daher soll die Stellenbesetzungssperre mittel- bis langfristig durch eine umfassende Budgetierung - auch der Personalkosten - ersetzt werden. Die Personalkostenbudgetierung bildet somit den länger angelegten zweiten Teil.

Aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung an Universität und dem Universitätsklinikum kenne ich die erstaunlichen Wirkungen, die eine vernünftige, schrittweise und behutsam eingeführte Personalkostenbudgetierung haben kann. Sie fragen vielleicht: Was heißt vernünftig? Unter vernünftig verstehe ich, dass ich die Potentiale der Beschäftigten und ihre Kenntnisse aufgreife, sie aktiv in Veränderungsprozesse einbinde. Ich sehe in der Stadtverwaltung viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die flexibel, kreativ und innovationsfreudig sind, aber noch mehr sein könnten, wenn man die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen würde. Wenn man Beschäftigte ernst nimmt, Respekt vor ihrer Arbeit hat und sie in einem transparenten Verfahren an dem längst überfälligen Optimierungsprozess der Verwaltungssteuerung beteiligt. Und genau dies will dieser Magistrat tun.

Ein weiterer Schwerpunkt ist in der Zusammenarbeit mit ‚Dritten‘ zu sehen. Die Diskussion im Landkreis Gießen kennen Sie alle. Und bei genauem Studium der Konsolidierungsansätze des Landkreises mit unseren Überlegungen bin ich mir sicher, dass wir diese bestehende Veränderungsbereitschaft auf beiden Seiten nutzen werden, um für unser beider Haushalte eine Verbesserung zu erreichen. Folgen des demographischen Wandels und interkommunale Kooperation sind Stichworte hierzu. Wir brauchen aber dazu keine weiteren Untersuchungen und Kommissionen; wir müssen jetzt auch ganz einfach mal beginnen zu handeln. Und auch hier bin ich eine Freundin des zweigeteilten Ansatzes. Ich brauche natürlich eine Analyse der bestehenden Strukturen und Vorschläge, in welchen Bereichen man denn kooperieren und auch tatsächlich zusammenlegen kann. Da wir aber sowieso nicht alles auf einmal machen können und in der Lage sind, das zu tun, muss man dann auch mal genau hin schauen: Wo sind die geringsten Widerstände, wo gibt es schon bisher Kooperationen und wo kann ich schnell ein Konzept umsetzen, weil z. B. ein Personalwechsel ansteht. All das muss bedacht werden und transparent und nachvollziehbar dargestellt werden.

Dann aber auch mit der notwendigen Kraft, Entschlossenheit und Ausdauer umgesetzt werden.

Was wir nicht machen werden, ist Eigenbetriebe auszugliedern, nur um rechnerisch weniger Stellen im Haushalt zu haben. Wir werden nur ausgliedern, wenn sich ein finanzwirtschaftlich günstigeres Ergebnis erwarten lässt. Entsprechende Prüfanträge zum Beispiel für das Stadtreinigungs- und Fuhramt u. a. sind ebenfalls formuliert worden. Einige unserer ausgegliederten Bereiche benötigen jährliche Zuschüsse, um das eigene Ergebnis ausgleichen zu können. Hierauf müssen wir natürlich reagieren und die ursprünglichen Konstruktionen und inhaltlichen Aufgaben der Beteiligungen überprüfen. Egal wie die Organisation der Aufgabenerledigung dann anschließend aussehen wird, es gilt das gleiche für eine potentielle Ausgliederung wie für die Wiedereingliederung: Sie muss für die Stadt Gießen finanzwirtschaftlich günstiger ausfallen, um damit einen Beitrag zur Haushaltssicherung leisten zu können.

Wir haben ein Konsolidierungspotential in einer Spanne von 4,8 - 5,5 Mio. € ermittelt. Überwiegend basieren die Zahlen auf Schätzungen, so dass eine Konkretisierung nach Durchführung der jeweiligen Prüfungen in der Regel jährlich notwendig ist.

Meine Damen und Herren: konsolidieren macht keinen Spaß, bedeutet mehr Arbeitsaufwand, größte Abstimmungsprobleme, kostet viel Kraft bei der Vermittlung der grundsätzlichen Notwendigkeit und wird zu Beginn von den meisten ‚Betroffenen‘ als genau bei ihnen als nicht notwendig angesehen werden.

Aber: Konsolidierung ist notwendig! Sie wird die Stadtpolitik in den nächsten Jahren - also auch nach der Kommunalwahl 2011 - bestimmen müssen. Schon allein, weil die Aufsichtsbehörde es von uns einfordern wird. Ich darf uns allen daher raten, konstruktiv mit der finanzwirtschaftlichen Realität umzugehen. Persönlich werde ich mich besonders in den Prozess der Optimierung der Verwaltungssteuerung einbringen.

Die Ihnen nunmehr vorliegende, überarbeitete und ergänzte Fassung trägt den Einwänden des Regierungspräsidiums, die mit Schreiben vom 05.11.2009 geäußert wurden, aus meiner Sicht in vollem Umfang Rechnung. Wir bitten daher um Ihre Zustimmung zu der Vorlage. Vielen Dank.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

- „1. Durch Energieeinsparmaßnahmen sind die Energiekosten der Stadt Gießen für städtische Gebäude – soweit vertretbar – drastisch zu reduzieren (z.Zt. ca. 4,6 Mill. Euro). Dazu könnten die Stadtwerke Gießen AG mit ihrer Energiespar-Beratung und den dazu vorgesehenen Fördermitteln genutzt werden. Konkretes Ziel: 3% pro Jahr.
2. Städtische Betriebe gewerblicher Art sind zusätzlich zu den vorgeschlagenen Maßnahmen auf Privatisierung / Verkauf oder Kooperation mit dem Landkreis Gießen zu prüfen.
3. Die Stadt Gießen wird auf eigene Mietwohnungen /-verhältnisse verzichten, und diese in absehbarer Zeit aus der eigenen Verantwortung in andere Bereiche (z.B. Wohnbau Gießen) veräußern.

4. Für die Abwicklung der Abfallwirtschaft kann - wie in den 17 Städten und Gemeinden - der Landkreis Gießen im Rahmen einer vertraglichen Aufgabenübertragung beauftragt werden. Die Stadt muss diese Aufgabe nicht alleine und durch Doppelstruktur erledigen (2 Ämter, eigener Fuhrpark etc.) Trotzdem leistet sich die Stadt Gießen ein eigenes Stadtreinigungs- und Fuhramt. Es ist daher zu prüfen, ob durch geeignete Maßnahmen wie Aufgabenübertragung oder institutionelle Kooperation mit dem Kreis die Kosten in diesem Bereich gesenkt werden können (Organisationsänderungen, Zusammenlegungen, Teilprivatisierung o. ä.).
5. Zur Vermeidung der Erhöhung von Personalaufwendungen bzw. zum Abbau der Personalaufwendungen ist durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Verwaltungsorganisation der Stadtverwaltung Gießen auf Optimierung, Zusammenlegungen und Privatisierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Die Vorschläge sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, **beantragt**, auf Seite 33, Pkt. 7- Aufträge der Stadtverordnetenversammlung - Abs. 2. wie folgt zu ergänzen:
„2. Die o. g. Handlungsmöglichkeiten sind eingehend zu prüfen, die Vor- und Nachteile sind abzuwägen. Das Ergebnis der jeweiligen Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung **im März 2011** zu berichten.“

Weiter beantragt **Stv. Janitzki**, Die Linke.Fraktion, auf Seite 33 unter Pkt. 7 - Aufträge der Stadtverordnetenversammlung - Abs. 2 **den Halbsatz** „... wenn der Magistrat nicht selbständig die Umsetzung der Maßnahmen entscheidet“ **zu streichen**.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Zippel, Merz, Möller, Grothe, Dr. Deetjen, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der FW-Fraktion wird einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

Die Änderungsanträge der Die Linke.Fraktion werden mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

Der Magistratsvorlage STV/2780/2009 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

**3.1. Berichts Antrag zu möglichen Maßnahmen der
Haushaltskonsolidierung
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 23.11.2009 -**

STV/2774/2009

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Welche Synergieeffekte und welche finanziellen und personellen Einsparungen würden für die Stadt Gießen durch die Zusammenlegung der beiden Volkshochschulen zu erreichen sein?
2. Welche Synergieeffekte und welche finanziellen und personellen Einsparungen würden für die Stadt Gießen durch Abgabe der Schulträgerschaft an den Landkreis zu erreichen sein?
3. Geben Sie eine Aufstellung über sämtliche „freiwilligen Leistungen“ der Stadt Gießen und wenden Sie dabei das im zurückgezogenen Haushaltskonsolidierungskonzept genannte Prüfraster an.
4. a) Welche Stellen sind in der Stadtverwaltung zur Zeit nicht besetzt und wie lange sind sie nicht besetzt?
b) Welche Stellen werden in den nächsten zwei Jahren durch Ruhestand frei und welche davon könnten im Extremfall nicht wieder besetzt werden?

Weiterhin beantrage ich, den schriftlichen Bericht zu diesen Fragen den Stadtverordneten vor Beginn der Beratungen über die Haushaltskonsolidierung auszuhändigen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

Die Sitzung wird von 22:30 Uhr bis 22:35 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 4.4 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

4. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2010

- 4.1. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 - STV/2751/2009
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 -
-

Antrag:

„Siehe Anlage.“

- 4.2. 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 - STV/2753/2009
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 -
-

Antrag:
„Siehe Anlage.“

**4.2.1. 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2010 -
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 25.11.2009**

STV/2781/2009

Antrag:
„Siehe Anlage.“

**4.3. Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses sowie
Anregungen der Ortsbeiräte**

Die Beratung und die Abstimmung erfolgt anhand der von der Kämmerei zum „Ergebnishaushalt“ und „Finanzhaushalt“ vorgelegten Listen, in welche die Magistratsänderungslisten 1 und 2 sowie die Änderungsanträge der Fraktionen, des Jugendhilfeausschusses und die Anregungen des Ortsbeirates Rödgen eingearbeitet sind.

Es kommt zu folgenden Abstimmungsergebnissen:

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2010

ERGEBNISHAUSHALT

Lfd. Nr.	Antragsteller	Kostenträger	Sachkonto	Änderung	Abstimmungsergebnis HFWR
1	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0318010100 Schülerbetreuung	6010100 Auf. f. Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. a.	+ 10.000 A	Einstimmig zugestimmt.
2	SPD-Fraktion	0421010100 Ausstellungen	5002000 Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	+ 20.000 E	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD; Nein: CDU/GR/ FDP/Linke).
3	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0421010200 Museum	6165000 Instandhaltung von Sachanlagen	- 4.000 A	Einstimmig zugestimmt.
4	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0421010200 Museum	6861000 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	+ 10.000 A	
5.1	Linke.Fraktion	0426010100 Durchführung von Veranst. d. Weiterbild.	5110000 Öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren	- 15.000 E	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/LINKE; Nein: CDU/GR/FDP).
5.2	Linke.Fraktion	0426010100 Durchführung v. Veranst. d. Weiterbild.	9050001 ILV - sonst. Erlöse	+ 15.000 E	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: SPD).

5.3	Linke.Fraktion	0540030600 Soz. Einrichtungen. Aussied. u. Ausländer	9550001 ILV - sonst. Erlöse	+ 15.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: SPD).
6	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0540010400 Seniorentreff- angelegenheiten	6701000 Mieten, Pachten, Erb.	+ 5.000 A	Einstimmig zugestimmt.
7	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zusch. f. lauf. Zwecke an üb. Bereiche	+ 1.500 A	
8	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zusch. f. lauf. Zwecke an üb. Bereiche	+ 27.500 A	
9	Linke.Fraktion	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zusch. f. lauf. Zwecke an üb. Bereiche	+ 20.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/ FDP, StE: SPD).
10	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0540030500 Soz. Ein.. f. pflege- bed. ältere.Menschen	7128000 Zusch. f. lauf. Zwecke an übrige Bereiche	+ 8.000 A	Einstimmig zugestimmt.
11.1	Jugendhilfeausschus s	0645010100 Jugendbildungswerk	6179000 And. sonst. Aufw. f. bez. Leistungen	+ 2.315 A	Mehrheitlich abgelehnt Ja: SPD/Linke; Nein: CDU/GR/FDP).
11.2	Jugendhilfeausschus s	0642010200 Ferienkarussell	6179000 Zusch. f. lauf. Zwecke an übrige Bereiche	+ 3.600 A	Mehrheitlich abgelehnt Ja: SPD/Linke; Nein: CDU/GR/FDP).
12	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0642010500 Sonst. Verant. der Jugendpflege	6089000 Übriger sonst. Materialaufwand	- 600 A	Einstimmig zugestimmt.
13	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	5484000 Kostenerst. v. sonst. öffentl. Bereich	+ 20.000 E	
14	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7250101 Soz. Päd. Hilfen bei Ausb. u. Arbeit § 13	+ 19.000 A	
15	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7250103 Andere Hilfen zur Erziehung § 27 II	+ 30.000 A	
16	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7250107 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31	+50.000 A	
17	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7250112 § 35 a Eingliederungshilfen f. seel. Behind. amb.	+ 5.000 A	
18	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7251004 Kostenerstattung an and. Träger § 34 Heimerziehung	- 20.000 A	
19	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7251010 Betreutes Wohnen § 41	+ 40.000 A	
20	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0643010200 Leist. Gem. §§ 13, 19, 20, 27-35, 35a, 41 u. 42 SGBVIII	7251011 Unbegl. Volljährige Flüchtlinge § 41	+ 20.000 A	

21	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0645010100 Jugendbildungswerk	6089000 Übriger sonst. Materialaufwand	- 1.100 A	
22	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0645010200 Jugendzentren	6089000 Übriger sonst. Materialaufwand	- 2.500 A	
23	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	0645010300 Förderung Freier Träger	7128000 Zusch. f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+ 12.000 A	Einstimmig zugestimmt.
24.1	SPD-Fraktion	0645010300 Förderung Freier Träger	7128000 Zusch. f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+ 10.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/LINKE; Nein: CDU/GR/FDP).
24.2	SPD-Fraktion	04274010100 Musikpflege	7128000 Zusch. f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	- 10.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: Linke).
25.1	SPD-Fraktion	0851010200 Sportförderung	7128000 Zusch. f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+ 8.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/LINKE; Nein: CDU/GR/FDP).
25.2	SPD-Fraktion	0424010100 Musikpflege	7128000 Zusch. f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	- 8.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: Linke).
26	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1054010300 Bauüberwachung	6850000 Reisekosten	- 2.375 A	
27	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1054010400 Gefahrenabwehr	6850000 Reisekosten	- 470 A	
28	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1054010600 Bauaufsicht allgemein	6850000 Reisekosten	+ 2.845 A	
29	Linke.Fraktion	1054030100 Zulassungen	5101000 Öff.-rechtl. Verwaltungsgebühren	+1.000.00 0 E	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/SPD/ GR/FDP).
30	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1264010200 Betrieb u. Unterhaltung von Gemeindestraßen	6163000 Instandhalt. v. Einrichtungen u. Ausstattungen	- 3.400 A	
31	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1265010200 Betrieb u. Unterhaltung von Kreisstraßen	6163000 Instandhalt. v. Einrichtungen u. Ausstattungen	+ 16.000 A	
32	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1266010200 Betrieb u. Unterhaltung von Landesstraßen	6163000 Instandhalt. v. Einrichtungen u. Ausstattungen	- 4.000 A	
33	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1267010200 Betrieb u. Unterhaltung von Bundesstraßen	6163000 Instandhalt. v. Einrichtungen u. Ausstattungen	+ 15.000 A	
34	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1375010100 Aufgaben des Naturschutzes	5421000	- 5.890 E	
35	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1375010100 Aufgaben des Naturschutzes	6139000 sonst. weitere Fremdleistungen	- 6.590 A	
36	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1376020200 Forstwirtschaft BgA	5090000 sonst. Umsatzerlöse	- 30.000 E	

37	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1578010100 Wirtschaftsförderung	5421000 Zuw. f. laufende Zwecke vom Land	+ 6.100 E	
38	Linke.Fraktion	1681010100 Gemeindesteuern	5553000 Gewerbsteuern	+ 480.000 E	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/SPD/ GR/FDP).
39	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1681010100 Gemeindesteuern	7380100 Gewerbsteueruml.	+ 60.488 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/ GR/FDP; StE: Linke).
40	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1681010200 Zuweisung und Umlagen	5401010 Schlüsselzuweisungen	+ 487.610 E	
41	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1681010200 Zuweisung und Umlagen	5477000 Familienleistungsaus- gleich	- 14.500 E	
42	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1681010200 Zuweisung und Umlagen	5501000 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	- 182.000 E	
43	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	1681010200 Zuweisung u. Umlagen	7354100 Kreisumlage	+ 84.700 A	
44.1	FW-Fraktion	0101140200 Pressearbeit	Ordentliche Aufwendungen	- 20.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/SPD/ GR/FDP).
44.2	FW-Fraktion	0101160100 Personalbetreuung	Ordentliche Aufwendungen	- 100.000 A	Einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/SPD/ GR/FDP, StE: Linke).
44.3	FW-Fraktion	0101160200 Personalentwicklung	Ordentliche Aufwendungen	- 100.000.A	Einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/SPD/ GR/FDP, StE: Linke).
44.4	FW-Fraktion	0421010100 Ausstellungen	Ordentliche Aufwendungen	- 50.000 A	Einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP, StE: SPD/Linke).
44.5	FW-Fraktion	0429010200 Kulturpflege	Ordentliche Aufwendungen	- 40.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/SPD/ GR/FDP).
44.6	FW-Fraktion	Der Vorbericht ist auf Seite 3.35 im 5. Absatz wie folgt zu ändern: ...im Vorgriff einer noch zu beschließenden Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre für 2010.			Einstimmig abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP, StE: Linke).
45	Linke.Fraktion	0101070100 Datenschutzfähigkeit	Ordentliche Aufwendungen	+ 20.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: SPD).
46	Linke.Fraktion	THH 05 Soziale Leistungen	Aufw. f. Zuweis. u. Zuschüsse s. bes. Finanzaufw.	+ 72.041 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/ FDP; StE: SPD).
47.1	SPD-Fraktion	THH 05/06 Soz. Leist. Kinder- u. Jugendhilfe	Aufw. f. Zuweis. u. Zuschüsse s. bes. Finanzaufw	+ 13.394 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/Linke; Nein: CDU/GR/FDP).
47.2	SPD-Fraktion	0424010100 Musikpflege	7128000 Zusch. f. lfd Zwecke an übrige Bereiche	-13.394 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD, Nein: CDU/GR/FDP; StE: Linke).
48	Linke.Fraktion	Die Haushaltssatzung ist im § 5 zu ändern: Die Gewerbesteuer wird auf 430 v. H. festgesetzt.			Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/SPD/ GR/FDP).

49	Linke.Fraktion	Bemerkungen u. Anweisungen zum Haushaltsplan, S. 2.16: Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat sind viermal jährlich über den Stadt des Haushaltsvollzuges durch den Stadtkämmerer zu informieren (§ 28 GemHVO-Doppik)			Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/Linke; Nein: CDU/GR/FDP).
50	Linke.Fraktion	0643010200 Sozialpädagogische Leistungen	Ordentliche Aufwendungen	+ 100.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Ja: Linke; Nein: CDU/GR/FDP, StE: SPD).
51	SPD-Fraktion	Stellenplan A, Teilhaushalt 01, Personalkostenstelle 060102 1 Stelle A 14, persönliche/r Referent/in Oberbürgermeisterin			Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD/Linke, StE: CDU/GR/FDP).
52	SPD-Fraktion	Stellenplan B, Teilhaushalt 06, Personalkostenstelle 510102 Kindertagesstätten, Erhöhung um 3 weitere Stellen.			Mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/Linke; Nein: CDU/GR/FDP).
53		0427010100 Betrieb von öffentl. Büchereien Im Teil B „Arbeitnehmer/innen“ des Stellenplanentwurfs 210 wird bei der Organisationseinheit „Büro Personalrat“ eine derzeit freie Planstelle nach der Entgeltgruppe 9TVöD zur Organisationseinheit „Kulturamt - Stadtbibliothek“ verlagert.			Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD; StE: CDU/GR/Linke/FDP).
54		1374010200 Betrieb v. Friedhöfen Bestattungen	9040002 ILV Stadtanteil Friedhöfe	+115.400 E	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/Linke).
		1372010100 Betrieb u. Unterhaltung von Grün-, Park- u. Freizeitanlagen	954002 ILV Stadtanteil Friedhöfe	+ 115.400 A	

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2010

FINANZHAUSHALT

Lfd. Nr.	Antragsteller	Invest.-Nr./ Kostenträger/ Sachkonto	Bezeichnung	Änderung	Abstimmungsergebnis HFWR
1	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	162009001/ 0101120100/ 0851010	Erwerb v. Hard- u. Software - Amt für IT	-130.000 A +130.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP ; StE: SPD).
2	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	162009003/ 0101120200/ 0851010	Ausbau Netze - Amt für IT	-30.000 A +30.000 VE	
3	SPD	202010001/ 0101080300/ 0355010	Investitionszuschuss Stadthallen GmbH	-100.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
4	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	232010001/ 1011030200/ 0501010	Medizintechnikzentrum	-300.000 A	Einstimmig zugestimmt.
5	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	402009005/ 0316010100/ 0861010	Erwerb bewegl. Sachen - Berufliche Schulzentren	-75.000 A +75.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
6	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	412009001/ 0421010200/ 0621010	Inventar u. Sammlungen Museen, Samml.	+19.000 A	Einstimmig zugestimmt.
7	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	512009005/ 0645010200/ 0890010	Erwerb von bewegl. Sachen Verwalt. der Jugendhilfe	+4.200 A	Einstimmig zugestimmt.

8	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	612009002/ 0953040300/ 0911010	Stadsanierung Am Burggraben/Zu den Mühlen	-300.000 A +300.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
9	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	612009002/ 0953040300/ 3601010	Stadsanierung Am Burggraben/Zu den Mühlen	-200.000 E	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
10	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009001/ 0101100300/ 0541010	Verwaltungsgebäude Berliner Platz	-1.400.000 A +1.400.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; StE: SPD/LINKE).
11	M.-Änderungsliste 2 STV/2781/2009	652009001/ 0101100300/ 0541010	Verwaltungsgebäude Berliner Platz	-2.065 A	
12	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009004/ 0101100300/ 0700110	Photovoltaik- /Solarthermieanlage	-200.000 A +200.000 VE	
13	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009006/ 0101100300/ 0536010	Haustechnik Feuerwehr	-30.000 A +30.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
14	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009014/ 0101100300/ 0530110	Umbau u. Sanierung Herderschule	-1.466.800 A -6.516.920 VE +1.466.800 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; StE: SPD/ LINKE).
15	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009015/ 0101100300/ 0530110	Haustechnik allg. Invest. aufw. Gymnasien	-100.000 A +100.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
16	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009023/ 0101100300/ 0530110	Ausbau Ganztagsbereich Friedrich-Ebert- Schule	-35.000 A +35.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
17	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009024/ 0101100300/ 0530110	Ausbau Ganztagsbereich Brüder-Grimm-Schule	-1.000.000 A +1.000.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
18	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009025/ 0101100300/ 0530110	Gesamtsanierung Brüder-Grimm-Schule	-100.000 A +100.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
19	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009027/ 0101100300/ 0530110	Umbau und San. Gebäude Fröbelstr. VHS	-30.000 A +30.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
20	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009030/ 0101100300/ 3601010	Neubau Kita MR Str. - Am Kaiserberg	+100.000 E	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
21	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009031/ 0101100300/ 0530110	Neubau Kita Schlangenzahl	+600.000 A -600.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
22	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009036/ 0101100300/ 0539010	Sanierung Parkhaus Berliner Platz	-350.000 A +350.000 VE	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).
23	SPD	652009036/ 0101100300/ 0539010	Sanierung Parkhaus Berliner Platz	-1.000.000 A -350.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
24.1	FW	652009036/ 0101100300/ 0539010	Sanierung Parkhaus Berliner Platz	-1.000.000 A -350.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
24.2	FW	652009042/ 1056010100/ 0551010	Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg	-270.000 A -70.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

24.3	FW	672009500/ 1372010200/ 0533010	Neubau Sportanlage an der Miller Hall	-300.000 A +300.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).
24.4	FW	702009006/ 1268010200/ 0802010, 0810010	Erwerb v. bewegl. Geräten - Winterdienst	-10.000 A -160.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
24.5	FW	702009008/ 1162010100/ 0810010	Erwerb von Krafffahrzeugen - Müllabfuhr	-460.000 A -200.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
25	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009038/ 0101100300/ 0539010	Sanierung Werkstattgebäude Fuhrpark	+140.000 A +112.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
26	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009039/ 0101100300/ 0531010	Anbau/Umbau Kita Anne-Frank-Straße	+130.000 A	
27	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009042/ 0156010100/ 0551010	Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg	-70.000 A +70.000 VE	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP ; Nein: SPD).
28	SPD	652009042/ 1056010100/ 0551010	Restaurierung der Basilika auf dem Schiffenberg	-270.000 A -70.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
29	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009044/ 0101100300/ 0536010	Erweiterung Technikflächen Berufsfeuerwehr	-30.000 A +30.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP ; StE: SPD).
30	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009046/ 0101100300/ 0539010	Sanierung Parkhaus Lahnstraße	-436.000 A +436.000 VE	
31	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009048/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Elementary School	-300.000 A +300.000 VE	
32	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009057/ 0101100300/ 0533010	Investitionen Sporthalle Wieseck	-20.000 A +20.000 VE	
33	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009500/ 0101100300/ 0530110	Gesamtsanierung Helmut-v.-Bracken- Schule	-300.000 A +300.000 VE	
34	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009507/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Liebigsschule Haus B	-241.000 A	
35	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009510/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Theodor- Litt-Schule - Haus A. und B.	-250.000 A +250.000 VE	
36	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009511/ 0101100300/ 0530110	Fassadensanierung Goetheschule	+615.000 A +62.000 VE	
37	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009516/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Naturwiss. Haus C Herderschule	+1.704.000 A	
38	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009516/ 0101100300/ 0530110	Sanierung Naturwiss. Haus C Herderschule	-200.000 A +200.000 VE	
39	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652009517/ 0101100300/ 0531010	Energ. Sanierung und Anbau Jugendtreff G.-West	+35.000 A	Einstimmig zugestimmt.
40	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	6520095197/ 0101100300/ 0533010	Sanierung Sporthalle Lützellinden	+50.000 A	
41	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652010007/ 0101100300/ 3601010	Sanierung u. Modernisierung Bürgerzentrum Nordstadt	+27.700 E	
42	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	652010007/ 0101100300/	Sanierung u. Modernisierung	+200.000 A +522.000 VE	

		3601010	Bürgerzentrum Norstadt		
43	SPD	652010neu/ 0101100300/ 0533010	Aufzug Fußgängerüberweg Selterstor	+20.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).
44	SPD	652010neu/ 0101100300/ 0619010	Theateraufzug	+30.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
45	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009007/ 1264010100/ 0613010	Bau von Verkehrszeichen Gemeindestraße	-5.000 A	Einstimmig zugestimmt.
46	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009014/ 1264010100/ 0613010	Straßenbau Baugebiet Schlangenzahl	-150.000 A +150.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
47	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009016/ 1264010100/ 0613010	Straßenbau Baugebiet Rechtenbacher Hohl	-165.000 A +165.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
48	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009031/ 1264010100/ 0613010	Ringallee, Fahrbahn- und Gehwegsanierung	-200.000 A +200.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
49	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009031/ 1264010100/ 0960010	Ringallee, Fahrbahn- und Gehwegsanierung	-250.000 A	Einstimmig zugestimmt.
50	SPD	662009031/ 1264010100/ 0613010	Ringallee, Fahrbahn- und Gehwegsanierung	-250.000 A	
51	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009033/ 1264010100/ 3600110	Umgestaltung Bahnhofsvorplatz	-562.000 E	Einstimmig zugestimmt.
52	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009034/ 1264010100/ 0613010	Grundhafte Erneuerung Steinerne Brücke	-150.000 A	
53	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009036/ 1264010100/ 0613010	Erschl. Straße zw. Schiffenberg und Leihgesterner Weg	-50.000 A +50.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
54	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009048/ 1264010100/ 0613010	Änderung/Anpassun g Knoten Bahnhofstr./Westanl age	-250.000 A	Einstimmig zugestimmt.
55	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009049/ 1266010100/ 0613010	Straßenbau i.Z.d. Grund. Ern. K.- Adenauer Brücke	-50.000 A +50.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
56	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009051/ 1266010100/ 0611010	Umgestaltung Berliner Platz/Ostanlage	-90.000 A +90.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; StE: SPD/LINKE).
57	SPD	662009051/ 1266010100/ 0611010	Umgestaltung Berliner Platz/Ostanlage	-100.000 A -190.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
58	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009054/ 1266010100/ 0619010	Radverkehrs anl. Frankfurter Str. zw. Schubert Str./R.- S.Str.	-400.000 A +400.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
59	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009054/ 1266010100/ 3601010	Radverkehrs anl. Frankfurter Str. zw. Schubert Str./R.-S.Str	-240.000 E	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).

60	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009057/ 1266010100/ 0611010	Verkehrssignalanlagen Landesstraßen	+140.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).
61	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009058/ 1264010100/ 0613010	Straßenbeleuchtung	+40.000 A	
62	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662009061/ 1373010400/ 0641110	Hochwasserschutz(d amm) Weststadt	-100.000 A	
63	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662010003/ 1264010100/ 0613010	Umgestaltung Arndtstraße	-40.000 A +40.000 VE	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; Nein: SPD; StE: LINKE).
64	SPD	662010003/ 1264010100/ 0613010	Umgestaltung Arndtstraße	-80.000 A	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
65.1	OBR Rödgen	662010007/ 1265010100/ 0612010	Sanierung Kreisstraßen	+50.000 A -50.000 VE	Die Anregung wird von der SPD-Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
65.2	OBR Rödgen	662009500/ 1264010100/ 0613010	Straßenbau Licher Straße	-50.000 A	Die Anregung wird von der SPD-Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).
66	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662010009/ 1269020200/ 0619010	Parkleitsystem	+15.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).
67	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662010010/ 1267010100/ 0619010	Verkehrssignalanlagen Bundesstraßen	+10.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).
68	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662010011/ 1267010100/ 0610110	Verkehrszeichen Bundesstraßen	+5.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).
69	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	662010012/ 1264010100/ 0613010	Grundhafte Sanierung der Bushaltestellen Neustadt	+80.000 A +50.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; StE: SPD/LINKE).
70	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	672009018/ 1372010200/ 0561010	Ausbau, Neugestaltung vorh. Spielplätze	-30.000 A +30.000 VE	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).
71	M.-Änderungsliste 2 STV/2781/2009	672009064/ 1373010300/ 0622010	Aufwertung der Wieseck	-40.000 A	Einstimmig zugestimmt.
72	SPD	672009500/ 1372010200/ 0533010	Neubau Sportanlage an der Miller Hall	-210.000 A +270.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
73	M.-Änderungsliste 2 STV/2781/2009	672010003/ 1372010200/ 0561010	Sanierung Außenanlage Weiße Schule	+95.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
74	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	672010009/ 1372010200/ 0561010	Spielflächen Baugebiet Marburger Str. West	-30.000 A +30.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/FDP; StE: SPD/ LINKE).

75	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	672010019/ 1372010200/ 0561010	Umgestaltung Außenanl. Liebigsschule	-95.000 A -170.500 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
76	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	672010020/ 1372010200/ 0561010	Umgestaltung Außenanl. Ostschule	-235.000 A -500.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
77	SPD	672010021/ 1372010200/ 0561010	Umgestaltung Außenanl. Herderschule	-30.000 A -70.000 VE	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).
78	M.-Änderungsliste 2 STV/2781/2009	672010023/ 1372010200/ 0533010	Bolzplatz Friedrich- Ebert-Schule	-60.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
79	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	672010027/ 1372010200/ 1120910	Gesellschafteranteil Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH	+20.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; StE: LINKE).
80	M.-Änderungsliste 2 STV/2781/2009	672010028/ 1373010300/ 0622010	Sanierung Schwanenteich	+5.000 A +300.000 VE	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/ SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).
81	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	702009006/ 1268010200/ 0802010, 0810010	Erwerb v. bewegl. Geräten - Winterdienst	-100.000 VE -140.000 A +140.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
82	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	702009007/ 1268010100/ 0810010, 0890010	Erwerb v. bewegl. Geräten - Straßenreinig.	-30.000 A +30.000 VE	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
83	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	702009009/ 1162010100/ 0804010	Erwerb von Müllbehältern	-100.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).
84	M.-Änderungsliste 1 STV/2753/2009	702010002/ 1162010200/ 0810010	Erwerb v. Kraftfahrzeugen BgA-Altglas	-120.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/ GR/LINKE/FDP; StE: SPD).

**5. Außenanlage des Kinos am Berliner Platz STV/2775/2009
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.11.2009 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen,

1. dass im Zuge der Haushaltsrestbildung für die Außenanlage des Kinos am Berliner Platz (Invest. Nr. 652009002) nur noch 500.000,- Euro eingestellt werden und
2. dass der Investor sich mit 500.000,- Euro an den Kosten der Außenanlage beteiligt.“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

6. **Sanierung und Modernisierung des Bürgerzentrums Nordstadt, Reichenberger Straße 9, 35396 Gießen; hier: Projektantrag - Antrag des Magistrats vom 19.10.2009 -** **STV/2614/2009**
-

Antrag:

„Dem Antrag für die Sanierung und Modernisierung des Bürgerzentrums Nordstadt wird nach der folgenden Begründung mit den dazu ermittelten Kosten zugestimmt.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

7. **Wirtschaftsplan der MAB - Mittelhessischen Abwasserbetriebe für das Jahr 2010 - Antrag des Magistrats vom 05.11.2009 -** **STV/2725/2009**
-

Antrag:

„Dem Wirtschaftsplan der MAB – Mittelhessischen Abwasserbetriebe für das Jahr 2010, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Finanzplan und Stellenübersicht, wird in der vorliegenden Form wie folgt zugestimmt:

I. Erfolgsplan

Erträge insgesamt	18.287 T€
Aufwendungen insgesamt	18.285 T€
Ergebnis der Gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>2 T€</u>

II. Vermögensplan

1. Einnahmen

Zuführung zur Rücklage (Landeszuschüsse)	0 T€
Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	
Baukostenzuschüsse Gemeinden u. Verbände	1.020 T€
Abschreibungen und Anlagenabgänge	6.503 T€
Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Pos C	
Passivseite (Abwasserbeitrag, Hausanschlüsse)	- 469 T€
Kredite	<u>9.207 T€</u>
	<u>16.261 T€</u>

2. Ausgaben

Investitionen Sachanlagen Klärwerk und Kanalnetz	7.475 T€
Tilgung von Krediten	<u>8.786 T€</u>
	<u>16.261 T€</u>

Kassenkredite

Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf 9.200 T€ festgesetzt

III. Stellenübersicht

	Anzahl der Stellen
Mitarbeiter (ehem. Arbeiter + Angestellte)	61
Angestellte (Sonderregelung)	2
Auszubildende	3 "

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

8. **Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss zum 31.12.2009** **STV/2726/2009**
- Antrag des Magistrats vom 05.11.2009 -
-

Antrag:

„Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2008 wird die Westprüfung, Dr. Seifert & Partner OHG, Gießen, bestellt.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

9. **Beschlussfassung über die Jahresrechnung (Haushaltsrechnung) der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007 und Entlastung des Magistrats** **STV/2727/2009**
- Antrag des Magistrats vom 06.11.2009 -
-

Antrag:

„Dem vorliegenden Abschluss der Jahresrechnung der Universitätsstadt Gießen (Haushaltsrechnung) für das Haushaltsjahr 2007 wird mit folgenden Endsummen zugestimmt:

2007

Gesamteinnahmen	242.655.038,84 €
Gesamtausgaben	242.655.038,84 €

Entlastung gemäß § 114 HGO wird erteilt.“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: LINKE).

10. Beteiligungsbericht 2008 **STV/2728/2009**
- Antrag des Magistrats vom 06.11.2009 -

Antrag:

„Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2008 der Universitätsstadt Gießen wird zur Kenntnis genommen. Nach amtlicher Bekanntmachung in beiden Gießener Tageszeitungen (Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger) wird der Beteiligungsbericht in der Kämmerei während der allgemeinen Dienststunden öffentlich ausgelegt werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

11. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß **STV/2703/2009**
§ 114g HGO - Amt 67 -
- Antrag des Magistrats vom 28.10.2009 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1373010300/Invest.-Nr.: 672009064 - Aufwertung d. Wieseck - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

70.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652009002 - Außenanlagen Kino Berliner Platz -.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

12. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß **STV/2754/2009**
§ 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 18.11.2009 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1373010400/Invest.-Nr.: 662009061 - Hochwasserschutz Weststadt - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

465.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus

1. Kostenträger 0953040300/Invest.-Nr.: 612009004
- Wohnumfeld Nordstadt -

86.000,00 €

2. Kostenträger 0101100300/Invest-Nr.: 652009002	
- Außenanlagen Kino -	<u>379.000,00 €</u>
	<u>465.000,00 €"</u>

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

13. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 51 - - Antrag des Magistrats vom 10.11.2009 - **STV/2734/2009**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0641030100 - Abrechnung Kindertagespflegeleistungen - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

45.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 0641020200 - Förd. freier Träger Betreuungseinricht. Schulkinder -.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

14. Ankauf von unbebautem Grundbesitz in der Gemarkung Gießen **STV/2688/2009**
- Antrag des Magistrats vom 20.10.2009 -

Antrag:

„Dem Ankauf des Grundstücks Gemarkung Gießen Flur 11 Nr. 45/3 = 78 m² sowie einer Teilfläche von ca. 5.200 m² aus dem Grundstück Flur 11 Nr. 32/4 von der **Stadtwerke Gießen AG, Lahnstraße 31, 35398 Gießen**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 40,00 €/m²,
mithin für insgesamt 5.278 m² **= 211.120,00 €**
und wird zur Zahlung fällig nach Vertragsabschluss.
2. Hinsichtlich der Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 32/4 wird auf der zukünftig neuen Grundstücksgrenze auf Kosten der Stadt Gießen eine Einfriedigung errichtet.
3. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten, die Grunderwerbsteuer sowie die Vermessungskosten trägt die Stadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

15. Erwerb einer Teilfläche eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen **STV/2761/2009**
- Antrag des Magistrats vom 19. November 2009

Antrag:

„Dem Erwerb einer Teilfläche von ca. 15 m² des Grundstücks Gemarkung Gießen Flur 5 Nr. 336/12 von der **Deutschen Bahn AG, vertreten durch die Deutsche Bahn Immobiliengesellschaft mbH, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt am Main**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 200,00 €/m²,
mithin für 15 m² **= 3.000,00 €**
und wird zur Zahlung fällig nach Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch und Vorlage eventuell erforderlicher Pfandfreigabeerklärungen.
2. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten, die Grunderwerbsteuer (insgesamt ca. 180,00 €) sowie die Vermessungskosten trägt die Stadt Gießen.
3. Die Buchung soll wie folgt vorgenommen werden:
Kostenträger (Produkt) 0101130200, Investitionsnummer 232009004,
Kostenstelle 230405.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

16. Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Wieseck **STV/2763/2009**
- Antrag des Magistrats vom 19. November 2009

Antrag:

„Dem Ankauf einer Teilfläche von ca. 15 m² des Grundstücks Gemarkung Wieseck Flur 6 Nr. 4/12 von der **Aldi GmbH & Co. KG, In der Alböhn 1, 35510 Butzbach**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 80,00 €/m²,
mithin für 15 m² **= 1.200,00 €**
und wird zur Zahlung fällig nach Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch.
2. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten (insgesamt ca. ,00 €) sowie die Vermessungskosten trägt die Stadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

17. Verkauf von städtischen Baugrundstücken im Neubaugebiet "Schlangenzahl" STV/2690/2009
- Antrag des Magistrats vom 21.10.2009 -

Antrag:

„Dem Verkauf der aus dem städtischen Grundstück Gemarkung Gießen Flur 10 Nr. 344 hervorgehenden 2 Doppelhausbaugrundstücke (in dem anliegenden Flurkartenausschnitt mit Nr. 1 und 2 sowie Nr. 6 und 7 bezeichnet) und eines 3-er Reihenhausblockes (in dem genannten Planausschnitt mit Nr. 3, 4 und 5 bezeichnet) an die **Firma Franz & Lotz Wohn- und Systembau GmbH, Ahornweg 19, 35469 Allendorf/Lumda**, bzw. an die noch von der Firma Franz & Lotz zu benennenden Käufer zu den ebenfalls in der Anlage genannten Kaufpreisen wird zu folgenden weiteren Bedingungen zugestimmt:

1. Der jeweilige Kaufpreis ist zur Zahlung fällig innerhalb von 4 Wochen nach Vertragsabschluss.
2. Bei nicht fristgemäßer Zahlung sind vom Tage der Fälligkeit an Verzugszinsen gemäß § 288 BGB in Höhe von 5 v. H. jährlich über dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 247 BGB), mindestens aber 8 v. H. jährlich, zu entrichten.
3. In dem vg. Kaufpreis sind der Erschließungsbeitrag nach §§ 127 ff. BauGB, der Abwasserbeitrag nach § 11 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) sowie die Kanalhausanschlusskosten gemäß § 12 KAG enthalten.
4. Bestandteil der Kaufverträge werden die städtischen Veräußerungsbedingungen.
5. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten, die Kosten der Durchführung des Kaufverträge sowie die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Käufer.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

18. Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen STV/2695/2009
- Antrag des Magistrats vom 27.10.2009 -

Antrag:

„Dem Ankauf einer Teilfläche von ca. 120 m² des Grundstücks Gemarkung Gießen Flur 14 Nr. 32/4 von der **Volksbank Mittelhessen eG, Schiffenberger Weg 110, 35392 Gießen**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 105,00 €/m²,
mithin für 120 m² **= 12.600,00 €**
und wird zur Zahlung fällig nach Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch.
2. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten sowie die Grunderwerbsteuer (insgesamt ca. 750,00 €) und die Vermessungskosten trägt die Stadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

19. Erstellung einer elektronisch gesteuerten Anzeigetafel STV/2743/2009
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 27.10.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen beauftragt die Stadtmarketing GmbH an einem geeigneten Ort im Stadtzentrum eine elektronisch gesteuerte Anzeigetafel (ähnlich wie in anderen Städten an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel) für ein zentrales Monitoring von Kultur- und Bildungsveranstaltungen (inkl. öffentlicher Veranstaltungen der JLU und FH) aufzustellen.“

Stv. Dr. Preiß ändert für die antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt:

*„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen beauftragt die Stadtmarketing GmbH **ein Konzept zu erstellen, um** an einem geeigneten Ort im Stadtzentrum eine elektronisch gesteuerte Anzeigetafel (ähnlich wie in anderen Städten an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel) für ein zentrales Monitoring von Kultur- und Bildungsveranstaltungen (inkl. öffentlicher Veranstaltungen der JLU und der FH) aufzustellen.“*

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion geändert einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

20. Erstellung von Konzept, Satzung und Vergaberichtlinien STV/2744/2009
für einen Carl-Vogt Preis
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 27.10.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen beauftragt Konzept, Satzung und Vergaberichtlinien für einen Carl-Vogt Preis zu erarbeiten und dem Stadtparlament bis März 2010 zur Entscheidung vorzulegen.“

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Merz und Dr. Preiß.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

21. Ausfallbürgschaft zugunsten der GISPO GmbH **STV/2817/2009**
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 28.11.2009 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die zu Gunsten der Volksbank Mittelhessen und der Sparkasse Gießen gewährte Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 180.000 Euro um zwölf Monate, bis zum 30. Dezember 2010, zu verlängern, um die Zahlungsfähigkeit der GISPO GmbH zu gewährleisten und damit die Fortsetzung des Sanierungskonzeptes zu unterstützen.

Bis zum Ende der Befristung ist seitens der GISPO GmbH gegenüber dem Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung jeweils zum Ende des Quartals die finanzielle Situation und Perspektive zu erläutern, um ggf. über weitergehende Maßnahmen entscheiden zu können. Die Ausfallbürgschaft ist gemeinschaftlich der Volksbank Mittelhessen und der Sparkasse Gießen zur Verfügung zu stellen.“

Stv. Möller, CDU-Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).

22. Verschiedenes

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, erkundigt sich nach dem ausstehenden Bericht des Magistrats zum Antrag seiner Fraktion STV/2562/2009 (Berichts Antrag zum Rathaus).

Stadtrat Rausch teilt mit, bis zur Sitzung der Stadtverordnetensitzung werde dieser vorgelegt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden und wünscht „Frohe Weihnachten“ und einen guten Start ins Neue Jahr.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e